

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 92A

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 209.

Mittwoch, den 6. September 1916.

23. Jahrg.

## Widerum Wilson.

Präsident Wilson hat wiederum eine Programmrede gehalten. Am 2. September erklärte er die Annahme der Präsidentschaftskandidatur, die ihm von der demokratischen Partei angetragen worden ist. Selbstverständlich war auch vorher kein Mensch in den Vereinigten Staaten der Meinung, Wilson wünsche nicht wieder Präsident zu werden. Aber es gehört zu den Formalitäten, die gerade in Nordamerika peinlich genau beobachtet werden, daß der Präsidentschaftskandidat feierlich seine Zustimmung gibt und dabei eine Rede über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges hält. Dem Brauch folgend, hat Wilson gesprochen, und seine Rede ist natürlich sofort in die Welt hinaus telegraphiert worden. Einige Punkte interessieren in der Tat auch uns.

Zunächst sprach Wilson sein Vertrauen aus, daß für weitere vier Jahre die Demokraten die Regierung der Union behielten würden, d. h. daß er wiedergewählt werde. Das kann ihm niemand verdenken, denn wozu wäre er Kandidat, wenn er nicht die Hoffnung hegte, den zweiten Termin im Weißen Haus abzuschließen. Aber daß die Demokraten allein ihn durchbringen würden, ist ihm doch wohl nicht ganz sicher. Denn er bemühte sich sofort nach Hilfspartnern. Nicht nur die Programmrede der demokratischen Partei, sondern auch nahezu alle Programmpunkte der progressiven Partei. Das bedeutet, daß Wilson die Anhänger Roosevelts für sich gewinnen will!

Bei der vorigen Präsidentschaftswahl kam für die republikanische Partei, die seit langen Jahren den Präsidentschaftsstuhl innehatte, in Frage, ob Roosevelt wieder aufgestellt werden könne. Seit Washingtons Zeiten ist es nämlich gebräuchlich, daß kein Präsident länger als zwei Amtsperioden tätig sein dürfe. Roosevelt war aber ohne Wahl als damaliger Vizepräsident der Nachfolger McKinleys geworden und hatte nur einmal zur Präsidentschaftswahl gestanden. Als der republikanische Kandidat ihn nicht, wie er gehofft hatte, wieder vorschlug, gründete er die progressivistische Partei aus bisherigen Republikanern deren Kandidat er wurde. Die Folge war, daß die so geschwächte republikanische Partei bei der Präsidentschaftswahl unterlag, aber auch Roosevelt, die Spaltung der Republikaner verhalf dem demokratischen Kandidaten Wilson zum Sieg, da die angelsächsischen Wahlsysteme alle auf das Zweiparteienverhältnis berechnet, die Stichwahl nicht kennen. Bei der diesjährigen Kandidatenausschließung vereinigten sich die Progressiven wieder mit den Republikanern, aber Roosevelt fiel aus. Nun rechnet Wilson offenbar damit, daß Roosevelt und viele von dessen Anhängern für den Demokraten eintreten werden. Das ist nun allerdings eine innere Angelegenheit der Union und könnte uns um so gleichgültiger sein, als die wirklich politischen Unterschiede zwischen den zwei, oder wenn man will, drei Parteien nicht erheblich sind und die Praxis noch weniger. Denn an der Herrschaft der Mammonarthen und der gewaltigen Trusts wird keine ernstlich rütteln, so viel schöne Reden auch in Wahlzeiten gehalten werden mögen.

Wichtig ist dagegen die Stellung zu den europäischen Staaten und jetzt zum Weltkrieg, die der Präsident einnimmt und der Präsidentschaftskandidat einnehmen zu wollen erklärt. So hat es Bedeutung, was Wilson in ziemlich geschraubten, jedoch meist unmißverständlichen Sätzen darüber sprach. Er jagte nach dem ausführlichen Bericht der „Köln. Zeitung“:

In der auswärtigen Politik haben wir uns letzten lassen von Grundfragen, die wir klar erkannt und folgerichtig befolgt haben. Wir waren neutral, nicht nur, weil es die hergebrachte feststehende Politik Amerikas ist, sich von den Händeln Europas fernzuhalten und nicht auf kriegerische Verwicklungen zuzusteuern, sondern auch darum, weil es offenbar unsere Pflicht war, die unbegrenzte Ausdehnung der Flamme des Hasses und der Verwüstung zu verhindern, die durch den schrecklichen Konflikt entzündet wurden, und statt dessen danach zu streben, der Menschheit zu dienen, indem wir unsere Stärke und unsere Hilfsquellen für die schweren Tage der Wiederherstellung und Heilung aufbewahren. Es war natürlich unvermeidlich, daß die Rechte unserer eigenen Mitbürger in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es war unser leitender Grundgedanke, daß Eigentumsrechte nach dem Kriege geltend gemacht werden könnten, und keine moderne Nation kann es ablehnen, über derartige Ansprüche vor ein Schiedsgericht zu gehen. Aber die Menschenrechte können es nicht. Der Verlust des Lebens ist unerlässlich, ebensowenig können unmittelbare Verletzungen der Hoheitsrechte der Nationen darauf warten, daß sie später in Entschuldigungsfragen geltend gemacht werden. Daher muß eine Nation, welche diese wesentlichen Rechte verletzt, erwarten, daß man ihr Einhalt gebietet und sie zur Rechenschaft zieht durch unmittelbares Eingreifen und Widerstand. Das sind die klaren Grundzüge, die wir niemals aus dem Auge verloren oder fallen lassen, wie gespannt die Lage oder wie stark die Provokation zu heftigem Widerstand auch waren. Unsere Bergangenheit ist klar und logisch. Sie liegt deutlich und abgeschlossen vor jedem da, der die Wahrheit zu wissen und ein Urteil darüber zu fällen wünscht. Leider waren die Meere nicht breit genug, um

die Infektion unserer eigenen politischen Verhältnisse durch die Leidenschaften und Intrigen gewisser tätiger Gruppen und Verschwörungen fernzuhalten. Leute unter uns, die unter auswärtigen Flaggen geboren waren, vergifteten unsere eigenen, so gespannten Verhältnisse mit illoyalem Verhalten, wurden gewalttätig gegen viel unserer Industrien und setzten uns der Schande eines nationalen Zweifelpalles aus. Es ist ein Teil der Aufgabe dieses Jahres der Abrechnung und Neuordnung, offen darüber zu sprechen und zu handeln mit der unmißverständlichen Absicht, diese Dinge zurückzuweisen, so daß sie für immer unmöglich sind. Ich bin der Kandidat einer Partei, aber über allem anderen bin ich ein amerikanischer Bürger. Ich suche weder die Gunst, noch fürchte ich das Mißfallen jener kleinen Gruppe Fremdbürger unter uns, welche die Loyalität zu einer fremden Macht über die Loyalität gegen die Vereinigten Staaten setzen. . . . Die nächste Zukunft wird uns manche große und schwere Probleme bringen. Wir scheuen sie nicht, aber wir müssen dafür gerüstet sein. In diesem Zusammenhang kam Wilson auf den künftigen Frieden zu sprechen, der ein gerechter und dauernder Frieden sein müsse. Die amerikanische Nation müsse ihr volles Maß an Begeisterung und an Ansehen dazu beitragen, um einen derartigen Frieden zustande zu bringen. Keine Nation darf dazu gezwungen werden, auf irgendeiner Seite zu treten, aber es kann auch keine Nation länger neutral bleiben gegen irgendeine absichtliche Störung des Weltfriedens. Alle Nationen der Welt müssen sich vereinigen zu gemeinsamen Sicherheiten dafür, daß, was immer geschehen soll, den Frieden der ganzen Welt zu stören, zuerst vor einem Gerichtshof der ganzen Welt geprüft werden muß, bevor es unternommen wird.

Wilson verteidigt also abermals seine Art der Neutralität. Er meint, sie habe pflichtgemäß danach gestrebt, die „Ausdehnung der Flamme des Hasses und der Verwüstung zu verhindern“ und danach gestrebt, „der Menschheit zu dienen“. Die Millionen und Millionen von Granaten und Schrapnells, die unter Wilsons Neutralität nach Europa geschleudert wurden, haben demnach „der Menschheit gedient“ und dazu beigetragen, „Verwüstung zu verhindern“. Von amerikanischen Politikern ist man starke Stücke gewöhnt, Wilson hat aber jedenfalls das stärkste geleistet. Doch kennt man diese Weise schon einigermaßen und sie verwundert nicht bei einem Staatslenker, der kühn erklärt, die Lieferung von Kriegsmaterial (an eine Partei nämlich) sei die beste Befähigung der Neutralität und ein Ausfuhrverbot (wie es die europäischen neutralen Staaten für Kriegsmaterial erlassen haben) wäre neutralitätswidrig.

Wilson ist aber doch besorgt, daß seine eigenartige Neutralitätstheorie von der Gegenseite angefochten werde, und so hat er sich auch über das Positive seiner Haltung ausgesprochen, über die Wahrung der Rechte der Amerikaner. Dabei unterscheidet er drei Dinge: Verletzung der Eigentumsrechte, Verlust des Lebens und Verletzung der Scheitersrechte. Verstöße gegen Eigentumsrechte sollen nach dem Kriege geltend gemacht und zum Austrag gebracht werden. Das heißt, die Wegnahme amerikanischen Guts, das keine Banware ist, durch britische Schiffe ist eine Angelegenheit, deren Schlichtung man ruhig auf spätere Zeit verschieben kann; es ist nicht einmal nötig, einen Widerspruch dagegen zu erheben, denn es kommt ja nur darauf an, daß schließlich gute Bezahlung geleistet wird, was England schon wegen der ihm erwiesenen Dienste nicht verweigern wird. Dagegen der Verlust des Lebens muß sofortige Maßregeln hervorrufen. Hier verteidigt Wilson seine Politik gegen den deutschen U-Bootkrieg. Doch auf ein gefährliches Gebiet hat er sich begeben, als er auch die Verletzung der Hoheitsrechte als Anlaß zum Eingreifen bezeichnet. Englische Kriegsschiffe haben wiederholt die amerikanischen Territorialgewässer beschoren und sich dort mit Kohlen und Lebensmitteln versehen, ohne daß gegen diesen Verstoß wider das Hoheitsrecht etwas geschah. Mehr noch: Die amerikanische Post auf neutralen Schiffen, auch amerikanischen, ist fortgesetzt von den Engländern weggenommen und

durchschnüffelt, teilweise sogar vernichtet worden. Das ist ein ungeheurer Einbruch in das Hoheitsrecht, aber Wilson hat dagegen nichts unternommen, als daß er seinen Lansing Noten schreiben ließ, die das Londoner Ministerium ruhig in ein Schubfach legte, um das Papier erst einmal ordentlich vergilben zu lassen. Wir möchten doch bezweifeln, daß die Mehrheit der Amerikaner die klaffenden Widersprüche zwischen Theorie und Praxis Wilsons nicht bemerkt. Vielleicht hat er selbst nicht viel Vertrauen auf die Wirksamkeit dieser Verteidigung. Jedenfalls ging er rasch zum Angriff über — zum Angriff auf die „Bündnis-Amerikaner“, wie er Roosevelt und dann er die nicht unbedingt für England und die große Koalition schwärmenden Amerikaner taufte.

Wilson hat abermals die alte Beschuldigung der probrütischen Presse wiederholt, daß Deutschamerikaner (denn um diese handelt es sich) Verschwörung gebildet und Gewalttaten gegen „viele unserer Industrien“ ausgeübt hätten. Dieser „kleinen Gruppe Fremdbürger“ kündigt er Fehde an und droht mit Abrechnung. Daß er, weil er auf die Stimmen der Deutschamerikaner und wohl auch der Irishamerikaner in Folge seiner Politik nicht rechnen kann, sie also für die Gegenpartei zählen muß, sie von vornherein als minderwertig und illoyal zu verächtigen sucht, mag in Anbetracht der Wahlsitten nicht sehr auffallen. Aber von ganz besonderer Berechnung zeugt der Vorwurf der „Verschwörung“ und der Gewalttätigkeit gegen die Industrie. Damit hofft nämlich der wackere Neutralitäts-Wilson die gesamte Unternehmerschaft, auch die im republikanischen Lager stehende, für sich zu gewinnen. Wenn nämlich Wilsons Gegner „Verschwörer“ sind, so ist selbstverständlich Wilson der zuverlässigste Bekämpfer der „Verschwörer“. Um die Spekulation zu erkennen, muß man wissen, daß man unter „Verschwörung“ in Amerika ganz etwas anderes versteht als bei uns.

„Conspiracy“ ist im Lande der Freiheit jede Beratung von mehreren, etwas zu tun oder zu lassen, sobald die Handlung oder Unterlassung sich gegen etwas richtet, was nach der Auffassung eines beliebigen Richters zum Recht oder zur Freiheit gehört. Demgemäß wird z. B. die Bonifikation einer Ware als „Verschwörung“ angesehen und an ihren Urheber bestraft, sobald der Fabrikant den Schaden so empfindet, daß er es für vorteilhaft hält, einen passenden Richter zu — suchen. Der Bonfikt bedroht nämlich, so wird dann dargelegt, die verfassungsmäßige Freiheit des Handels. Die Weigerung einer Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, erklärt der Richter, wenn es lohnt, als eine „Verschwörung gegen die Freiheit der Arbeit“. Anklagen und Beurteilungen wegen „Verschwörungen“ solcher Art sind in den Vereinigten Staaten eines der beliebtesten „legalen“ Kampfmittel der Unternehmer gegen die Arbeiter, und so wird es verständlich, daß Wilson von Verschwörungen spricht. Er kennt die Wirkung dieses Wortes und er erwartet, daß es auch in der Anwendung auf die Deutschamerikaner seine Wirkung tue.

Das ist Wahlpolitik! Darüber hinaus geht Wilson in seinen Betrachtungen über den künftigen Frieden. Hier proklamiert er nicht mehr den Beruf Amerikas zur Friedensvermittlung, sondern er deutet an, daß die Union auf die Gestaltung des Friedens einwirken müsse. In welcher Weise das geschehen würde, wenn Wilson seinen Willen hätte, kann man sich nach den Proben, die er von seiner Geistesrichtung bisher ablegte, un schwer vorstellen.

Es ist tief zu beklagen, daß in einer Zeit, wo ein neutrales Amerika sich hätte das Verdienst erwerben können, zwischen den europäischen Staaten zu vermitteln und den Streit auszugleichen, es als leitenden Mann einen Wilson hatte, dessen blinde Befangenheit in Vorurteilen und dessen Selbstüberschätzung ihn zu einer Politik trieb, die allem andern, nur nicht dem Frieden dienlich ist.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Die gewaltige Schlacht an der Somme tobt nach dem letzten Tagesbericht weiter. Schwere Kampfstage sind es, die unsere Truppen jetzt durchleben. Ein zäher, immer wieder mit jähem Hektigkeit angreifender Gegner versucht hier mit allen erdenklichen Mitteln sein Ziel zu erreichen. Daß auf einer derartigen Kampffront die Verteidiger hier und dort zurückgehen müssen, liegt auf der Hand; das wird und kann im Verlaufe einer solchen Schlacht gar nicht ausbleiben. Dafür aber gelingt es, an einer anderen Stelle die deutsche Linie wieder etwas vorzutragen. Von Bedeutung für den Ausgang des Ringens sind diese Teilerfolge kaum. — Auf dem bulgarisch-rumänischen Kriegsschauplatz sind deutsche und bulgarische Truppen in der Dobratscha weiter vorgegangen und haben die Stadt Dobric genommen. Nach einer Londoner Meldung ist Daresalaam von den

Engländern besetzt worden. Die Stadt war der Sitz des kaiserlichen Gouvernements von Ostafrika. Lange Monate haben die deutschen Truppen in Ostafrika den Engländern und Buren standgehalten; jetzt mußten sie der Uebermacht weichen und die Hauptstadt des ostafrikanischen Schutzgebietes dem Gegner überlassen.

Dieser Tage erst erklärte es der französische Ministerpräsident Briand dem Austrager eines holländischen Blattes gegenüber für jetzt, daß es außerhalb Deutschlands noch Leute gebe, die „das Märchen vom französischen Imperialismus“ glaubten. Da wird es Herrn Briand einigermaßen auf die Nerven fallen, daß gerade jetzt ein Buch erscheint, betitelt „Der französische Imperialismus“, dessen Verfasser, der Comte de Sels, sich nicht nur nicht-ironisch, sondern freudig zu einer imperialistischen Politik für









